

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN gem. § 9(1) BauGB

A) Art und Maß der baulichen Nutzung

1. Art der Nutzung

Gemäß § 11 BauNVO wird ein sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung zur Nutzung erneuerbarer Energien festgesetzt: SO „Fotovoltaik“.

1.1 Zulässig sind Anlagen die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung erneuerbarer Energien, hier ausschließlich Sonnenergie durch Fotovoltaik, dienen.

1.2 Gemäß § 14 werden untergeordnete Nebenanlagen für Kleintierhaltung im Zusammenhang mit dem Unterhalt der Flächen und für Ver- und Entsorgung, Steuerung bzw. Überwachung der Anlage zugelassen.

2. Maß, Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9(1) BauGB)

2.1 Maß der baulichen Nutzung § 9(1) BauGB i.V. m. § 16 (2) BauNVO

Für die Modulfläche als projizierte überbaute Fläche wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,6 festgesetzt.

Für die Aufständigung der Modultische (Fundamente) wird i.V.m. § 9(1)20 BauGB ein Versiegelungsgrad von 4% der Gebietsfläche „SO Fotovoltaik“ festgesetzt.

2.2 Die im Schemaschnitt (Begründung) dargestellten Bauhöhen werden gem. § 16(2),(4) u. 18(1) BauNVO i.V.m. § 88(6) LBauO festgesetzt als:

für die Module:

Firsthöhe: max. 4,50 m (Oberkante der Module)

Traufhöhe: min. 0,60 m (Unterkante der Module)

Die Höhen werden gemessen von der Geländeoberfläche lotrecht zur Modulkante.

B) Bauordnungsrechtliche Festsetzungen gem. § 9(4) BauGB i.V.m. § 88(6) LBauO

1. Zaunanlagen: Zulässig sind Metallgitterzäune mit Übersteigschutz (z.B. Maschendrahtzaun mit oberer Stacheldrahtabspannung) bis 2,50 m Höhe. Die Unterkante der Zäune ist für Kleinsäuger und Amphibien durchlässig zu auszuführen.

2. Die Baukörper der Nebenanlagen sind mit Satteldach auszuführen. Ein Tierunterstand ist auch mit Pultdach zulässig.

3. Als Farbe der Dacheindeckung sind Farben wie RAL 7010 bis 7022, 7024, 7026, 7031, 7036 zulässig.

C) Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9(1)20 BauGB und Pflanzbindungen und Pflanzgebote gem. § 9(1)25 BauGB

1. Für die Befestigung von Zufahrten sind wasserdurchlässige Beläge zu verwenden. Geeignet sind z. B. wassergebundene Decke, Schotterrasen.
2. Das anfallende Niederschlagswasser ist im Baugebiet dezentral an den Modulen selbst zu versickern. Anlagen für die Wasserhaltung oder die gesammelte Ableitung sind nicht zulässig.
3. Innerhalb des SO Fotovoltaik sind sämtliche nicht versiegelten Bodenflächen in Grünland gem FUL Grünlandvariante 4 umzuwandeln und für die Betriebszeit der Anlage dauerhaft extensiv durch Schafbeweidung oder Mahd zu pflegen. Die Flächen sind mit einer standortgerechten Landschaftsrasenmischung mit Kräuteranteil z.B. RSM 7.2.1 mit heimischen Kräutern oder Heublumensaat einzusäen. Es sind die Nutzungsgrundsätze nach FUL Grünlandvariante 3 oder 4 einzuhalten.
4. Die randlichen Flächen für Maßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind ebenfalls wie unter Nr. C) 3 genannt als artenreiches Grünland zu entwickeln. Entlang der Fläche KI ist zudem entlang der Waldränder und biotopkartierten Gebüsche ein gebuchteter Gebüschsaum aus vorwiegend dornenreichen Gehölzen unter Berücksichtigung der Habitatanforderungen des Neuntöters aus dem Bestand zu entwickeln und dauerhaft für die Betriebsdauer der Anlage zu erhalten. Die erforderlichen Pflege und Schnittmaßnahmen sind unter ökologische Anleitung in unregelmäßigen Teil- und Zeitabschnitten auszuführen.

D) Zuordnung und Umsetzung landespflegerischer Maßnahmen gem. § 9(Ia) Satz 2 BauGB

1. Naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen sind spätestens in der nach Beginn der Stromeinspeisung folgenden Vegetationsphase durchzuführen.

Hinweise

1. Oberboden, der bei Veränderungen an der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen (§ 202 BauGB). DIN 18915 in aktueller Fassung bleibt zu beachten.
2. im Planungsbereich liegt eine römische Siedlungsstelle unbekannter Ausdehnung, deshalb ist zu berücksichtigen:
 1. Der Beginn der Erdarbeiten ist dem Rheinischen Landesmuseum Trier 10 Werktagen zuvor schriftlich anzuzeigen, daß ein Vertreter des Rheinischen Landesmuseums Trier die Gelegenheit hat, die Erdaufschlüsse zu begutachten.
 2. Sollte sich dabei die Notwendigkeit einer Dokumentation archäologischer Zeugnisse ergeben, ist das Gelände dazu auf Verlangen für einen Zeitraum von bis zu 24 Werktagen für Untersuchungen freizuhalten.
3. Die Waldrandgestaltung ist unter Abstimmung mit dem zuständigen Forstrevier umzusetzen.